

Nr. 5
Mai 1984
6. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Negative Effekte öffentlicher Anspruchsinflation

Staatsquote und Wirtschaftswachstum

«Wachstum kann nicht von Staats wegen „gemacht“ werden», liest man im jüngsten Aussenwirtschaftsbericht des Bundesrates, der beifügt, zentrale Aufgabe der Regierungen sei es heute, «über die Erhaltung und Stärkung des offenen multilateralen Handelssystems und über eine Entschärfung der Verschuldungsproblematik die Voraussetzung für die private Wirtschaftstätigkeit zu verbessern und damit den Teufelskreis von Stagnation, Protektionismus und Verschuldung zu durchbrechen.»

Die Aussage hat volle Gültigkeit. Sie zeigt an, dass der Staat die Wirtschaft nicht ausmacht und ihr Wachstum nicht zu erzwingen, wohl aber mittelbar zu beeinflussen vermag. Er tut es insbesondere durch gute oder schlechte Rahmenbedingungen, und zwar im aussen- wie im binnenwirtschaftlichen Bereich.

Zwei weltwirtschaftliche Hauptphasen seit 1960

Besteht in diesem Zusammenhang eine Korrelation zwischen den beiden Schlüsselgrössen der Staatsquote und des wirtschaftlichen Wachstums? Die Frage ist vor allem in längerfristiger Perspektive zu erörtern. Neuerdings ist ihr die in Paris niedergelassene Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der alle Industriestaaten der freien Welt angehören, nachgegangen. Sie suchte in einer Studie zu ergründen, ob der

fast überall aufgeblähte öffentliche Sektor eine gesunde wirtschaftliche Expansion beeinträchtigt.

Die Untersuchung ist sachlich genug gehalten, um apodiktische Urteile zu vermeiden. Sie schreibt staatlicher Tätigkeit sowohl fordernde als auch hemmende Wirkungen zu und betont mit Recht, die Bestimmungsfaktoren des Wirtschaftswachstums erwiesen sich als derart zahlreich und komplex, dass pauschale Folgerungen unzulässig seien. Dennoch deckt sie Zusammenhänge auf, die auf mancherlei Behinderungen eines stabilen Wachstums durch staatliche Anspruchsinflation hinweisen.

Auffallende Position Japans

Die Studie vergleicht die beiden Zeiträume, die ungefähr im letzten Vierteljahrhundert die weltwirtschaftliche Entwicklung klar abgegrenzt haben. Der grossen

Expansionsphase von 1960 bis 1973 folgte eine globale Rezessionsperiode, die nur von kürzeren und eher sporadischen Konjunkturaufschwüngen unterbrochen war. Unter der gewählten Problemstellung sind dabei zwei deutliche Trends zu unterscheiden. In der ersten Phase nahm nämlich die Wachstumsintensität der einzelnen Volkswirtschaften mit steigender Staatsquote unübersehbar ab; als Messziffer wurden die laufenden öffentlichen Ausgaben – ohne Investitionen – in Relation zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt verwendet. Für die letzten zehn Jahre kann hingegen nur eine schwache Korrelation zwischen den beiden Schlüsselgrössen ausgemacht werden, was sich aus tiefgreifenden überlagernden Strukturwandlungen erklärt.

So erscheint es auch als charakteristisch, dass die Schweiz in der zweiten Untersuchungsperiode nur eine recht mässige mittlere Wachstumsquote verzeichnete, und dies trotz einem unterdurchschnittlichen Betreffnis der laufenden Staatsausgaben von knapp 30% des Sozialprodukts. Der Hauptgrund dafür ist am Anfang der Rezessionsphase zu finden, hatte doch die Wertschöpfung der schweizerischen Wirtschaft in den Jahren 1975 und 1976 empfindlich abgenommen. Auffallend ist andererseits die Position Japans, das in beiden Perioden die niedrigste Staatsquote hatte und in bezug auf das Wirtschaftswachstum an der Spitze stand.

Hemmender Fiskalismus

Wenn die OECD-Experten die Wachstumswirkungen der öffent-

Fortsetzung auf Seite 2

Der neue FDP-Präsident über sich, sein Amt und seine Partei

Hunziker: «Mehr Geschlossenheit erreichen»

Die Delegierten der FDP der Schweiz wählten am Parteitag in Martigny Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (Aarau) zu ihrem neuen Präsidenten. «Der Freisinn» stellte dem neuen FDP-Chef einige Fragen:



Was hat Sie dazu bewogen, sich um das Amt des Parteipräsidenten zu bewerben?

Ich habe es mir gründlich überlegt. Wenn ich schliesslich Ja gesagt habe, dann deshalb, weil ich die Möglichkeit sehe, eigene Auffassungen kraftvoller zu vertreten, und von neuen Aufgaben geht stets ein gewisser Reiz aus. Steht man an der Spitze einer Partei, zumal der grössten politischen Partei unseres Landes, dann sind damit verschiedene Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten verbunden. Darüber muss man sich keine Illusion machen. Auf der anderen Seite ist man auch nahe an der Meinungsbildung und an der Vorbereitung von Entscheidungen. Natürlich ist man als Präsident gerade in solchen Fällen, wo es um rasche Stellungsbezüge geht, nicht davor gefeit, einmal missverstanden zu werden oder auch einmal danebenzuhauen.

Planen Sie einen neuen Kurs?

Sicher könnte ein Parteipräsident – gemeinsam mit dem Fraktionschef der Bundesversammlung – neue Ziele anpeilen. Einen eigentlichen Kurswechsel aber sehe ich nicht vor. Eines meiner Anliegen wird sein, die Meinungen der Kantonalparteien früher zu erfahren, damit wir diese bei der Entscheidung in der Fraktion und im Parteivorstand besser einbeziehen können. In den Hauptfragen möchte ich damit mehr Geschlossenheit erreichen.

Was ist Ihr politisches Hauptanliegen als neuer Parteipräsident?

Ich sehe mein Hauptziel darin, diejenigen Schwerpunkte, die wir uns vor den Wahlen 1983 gesetzt haben, möglichst zu erreichen. Al-

lem voran steht für mich die Zielsetzung, die heisslaufende Gesetzesmaschinerie zu bremsen, nicht immer mehr Vorschriften, Reglemente und Auflagen – administrativer und steuerlicher Art – zu produzieren. Wir müssen der Wirtschaft und dem Einzelnen den erforderlichen Freiraum gewähren, der unserem freisinnigen Leitbild entspricht. Dazu gehört aber gleichzeitig der immer wieder notwendige Appell an den einzelnen Bürger, mehr Selbstverantwortung zu übernehmen und nicht dauernd neue Forderungen an den Staat zu stellen. Schliesslich will ich mich auch für eine leistungsfähige Wirtschaft einsetzen, vor allem für gesunde Klein- und Mittelbetriebe. Nur so kann die Arbeitslosigkeit überwunden und die soziale Sicherung langfristig garantiert werden.

Mit der Parole «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat» ist die FDP zur stärksten Gruppierung in den eidgenössischen Räten aufgerückt. Werden Sie diese Parole während ihrer Präsidentschaft weiterhin in den Vordergrund rücken?

Angesichts der heutigen Wirtschaftslage rufen natürlich viele laut und bedenkenlos nach dem Staat, insbesondere wenn es um beschäftigungspolitische Sorgen geht. Dabei ist zu bedenken, dass nur die Wirtschaft und nicht der Staat Arbeitsplätze auf lange Sicht sichern und schaffen kann. Die Wirtschaft ist dazu fähig, wenn sie in einem Klima arbeiten kann, das ihr die Erzielung hinreichender Erträge ermöglicht. Auch in schwierigen Zeiten müs-

Fortsetzung auf Seite 4



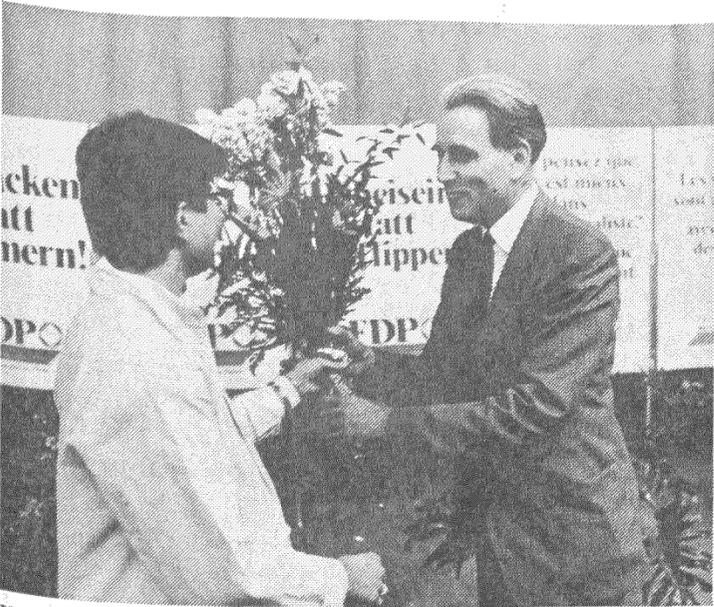
Deutlich fielen die Parolen der FDP-Delegierten zu den beiden eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 20. Mai am Parteitag in Martigny aus: Sowohl Nein zur Bankeninitiative wie auch Ablehnung der Initiative «Gegen den Ausverkauf der Heimat». Auf unserem Bild ist in der Mitte alt Bundesrat Dr. Fritz Honegger zu erkennen. (Photo ruti)

Anlage-
fragen?
Dann
zur SKA



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA

Grussadresse des neuen Parteipräsidenten



Urs Clavadetscher, Präsident der FDP des Kantons Aargau, nimmt stellvertretend die Glückwünsche (und besten Genesungswünsche) für den neuen Parteipräsidenten von Regina Sahli, Mitarbeiterin des Generalsekretariates, entgegen.

Seine mit Akklamation erfolgte Wahl zum neuen Präsidenten der FDP der Schweiz konnte Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (Aarau) nicht «live» mitverfolgen, da er sich wegen eines Beinbruches in Spitalpflege befand. Seine Dankesworte für die Wahl sowie seine Grussadresse wurden vom Präsidenten der FDP des Kantons Aargau, Urs Clavadetscher, verlesen:

Für die Wahl zum Parteipräsidenten danke ich Ihnen. Es ist für mich eine tief empfundene Freude, die grösste Partei unseres Landes präsidieren zu dürfen. Eine Partei, deren innere Verfassung intakt und deren Selbstverständnis ungebrochen ist. Eine Partei auch, die ein positives Weltbild hat und nicht nur auf der Suche nach Schwachstellen ist und «rundum» Verunsicherung betreibt.

Das Positive in schwierigen Zeiten, wie wir sie heute erleben, besteht unter anderem darin, dass sie unsere Ideen und Kräfte herausfordern. Wir Freisinnigen bejahen unseren modernen Sozialstaat, appellieren aber vermehrt an die Selbstverantwortung des Einzelnen. Die Werte einer Zeitspanne in einem Staat messen sich am Ausmass echter Freiheiten, vorausgesetzt natürlich, dass es sich um einen modern ausgebauten Sozialstaat wie den unsrigen handelt.

Ich möchte versuchen, die Partei noch mehr zu engagieren. Dem Image, das eine Partei besitzt, kommt erhebliche Bedeutung zu. Denn bei vielen Leuten ist die Gabe des Empfindens stärker entwickelt als die des Denkens.

Ich freue mich auf eine angenehme und erspriessliche Zusammenarbeit mit Ihnen im Interesse unserer gemeinsamen liberalen freisinnigen Sache.

rale dagegen, dass uns der Staat über den Kopf wächst; doch wollen und brauchen wir einen – vor allem in seinen Ordnungsfunktionen – starken Staat. Einen der Freiheit, dem Recht und dem Bürger verpflichteten Staat.

Schwerpunkte der politischen Arbeit

Wir werden uns ferner konsequent für die Weiterführung der Sparanstrengungen sowie für Zurückhaltung mit neuen Steuern einsetzen. Die Entflechtung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen ist eine Daueraufgabe, welche gerade von unserer Seite her weiter zu verfolgen ist.

Im Sozialbereich geht es für uns in Zukunft nach wie vor um die Konsolidierung des Erreichten und um die Stärkung von Selbstvorsorge und Selbstverantwortung. In diesem Sinne werden wir auch alle Massnahmen unterstützen, um die Kosten im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen. Die 10. AHV-Revision sowie die Revision des IV-Gesetzes sind vorzubereiten und die Ergänzungsleistungen zu verbessern. Im Gebiete des Umweltschutzes stehen die Realisierung des Umweltschutzgesetzes und darüber hinaus besondere Massnahmen gegen das Waldsterben im Vordergrund. Wir werden uns ferner weiterhin für die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, vorab auch für Klein- und Mittelbetriebe, sowie für die Verstärkung der regionalpolitischen Massnahmen einsetzen. All das dient der Sicherung der Arbeitsplätze. Eine wichtige Aufgabe sehen wir in der Schaffung ausreichender rechtlicher Grundlagen im Medienbereich, weshalb es gilt, den Radio- und



Fernsehartikel zu realisieren und darauf die Gesetzgebung aufzubauen. Für die FDP steht aber auch die Gewährleistung der Verteidigungsbereitschaft mit Schwergewicht bei der Rüstungsbeschaffung nach wie vor im Vordergrund. Auf dem Gebiete der Energie werden wir uns insbesondere um Sparanstrengungen bemühen und alle Massnahmen in diesem Sinne unterstützen.

Dank an Yann Richter

Am Parteitag in Martigny würdigte die ebenfalls zurückgetretene Vizepräsidentin der Partei, Dr. Regula Frei-Stolba (Aarau), die Verdienste von Yann Richter, der seit 1978 der FDP der Schweiz vorstand. Nachstehend ein Auszug aus der Dankesadresse:

Vor genau sechs Jahren wählte die Delegiertenversammlung in Freiburg den damals 50jährigen Nationalrat Yann Richter aus Neuenburg zu ihrem Parteipräsidenten als Nachfolger von Bundesrat Fritz Honegger.



Heute tritt Yann Richter nach einer Zeit sehr erfolgreichen Wirkens zurück, um sich anderen Aufgaben, vor allem dem Präsidium der SRG, zuzuwenden, nachdem er als Parteipräsident zwei entscheidende eidgenössische Wahlkämpfe führte, für viele Grundsatzfragen wichtige Anstösse gab und in den politischen Alltagsproblemen, nicht zuletzt in der Frage der Zusammenarbeit der vier Bundesratsparteien, die FDP mit sicherer Hand leitete. Mit Umsicht, Bestimmtheit und Konzilianz ist es ihm gelungen, die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Partei zu einigen und so die Schlagkraft der Partei, wie die Wahlen zweimal gezeigt haben, zu verstärken.

Yann Richter brachte auch die besten Voraussetzungen mit, um der Partei in dieser recht schwierigen Zeit vorzustehen. Er durchlief die typische Laufbahn eines Schweizer Politikers mit den Stationen Gemeinde, Kanton und Bund. Die erstaunliche und gradlinige politische Karriere verdankt Yann Richter zweifellos seiner Einsatzbereitschaft, seiner grossen Arbeitskraft, seiner guten Schulung und nicht zuletzt auch seiner breit gefächerten beruflichen Tätigkeit.

Aus seiner Präsidialzeit stehen die folgenden Merkmale besonders hervor: Persönlich

verfügt Yann Richter, wie er es am Parteitag 1982 in Liestal formulierte, eine konsequente Politik und ein überzeugtes Eintreten für den Liberalismus. Die Verteidigung der individuellen Persönlichkeitsrechte, verbunden mit einem Bekenntnis zur persönlichen Verantwortung, liegt ihm am Herzen, ebenso das Eintreten für eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung. Dies ist nicht ein rückwärts gewandter Traditionalismus. Im Gegenteil, Yann Richter ist davon überzeugt, dass der Liberalismus jene Haltung ist, die uns die Herausforderungen der Zukunft am besten bestehen lässt. So wendet er sich auch gegen die Tendenz, Linksstehen mit Engagement, mit Fortschritt, und insbesondere im sozialen Bereich, mit Humanität gleichzusetzen. Diese eindeutige Haltung ist nun bei Yann Richter verbunden mit einer menschlichen Offenheit im Gespräch, die ihm den Zugang zu den Mitarbeitern erleichtert und die ihm auch die Türen weit über die Fraktion- und Parteigrenzen hinaus geöffnet hat. So ist es ihm auch gelungen, das in seiner Antrittsrede gesetzte Ziel zu erreichen, nämlich die Partei durch die Auf-



nahme von jungen und unverbrauchten Kräften auf allen Ebenen möglichst breit abzustützen und zur Mitarbeit zu motivieren.

Wir haben Verständnis dafür, dass er jetzt, nach den Wahlen, sein Präsidialmandat bei der FDP, der er in hervorragender Weise gedient hat, zur Verfügung stellt. Freilich bedauern wir es zutiefst, diesen aktiven Parteipräsidenten zu verlieren, wissen aber, dass wir auch in Zukunft auf seinen Rat zählen dürfen. Yann Richter hat in hohem Mass den Dank der Partei, den Dank von uns allen verdient.

FDP-Generalsekretär setzte Akzente

Prioritäten politischen Handelns

Am FDP-Parteitag in Martigny kommentierte der Generalsekretär der Partei, Fürsprecher Hans Rudolf Leuenberger, nicht nur den Jahresbericht der Partei, sondern setzte auch Akzente freisinniger Politik für die nächste Zukunft. Er setzte sich dabei vor allem für ein Zurücknehmen des Schrittmasses in der Staatstätigkeit ein und plädierte für eine massvollere Gangart. Nachstehend ein Auszug aus seinen Ausführungen:

Mit ihren «Zielsetzungen 1983-87» und den daraus formulierten zehn Schwerpunkten hat die FDP vor den eidgenössischen Wahlen ihre Marschroute festgelegt. Bei kommenden Wahlen werden wir am Ausmass der Verwirklichung unserer Ziele gemessen werden. Das gilt es stets vor Augen zu halten. Wenn sich in einzelnen Bereichen die ausschlaggebenden Verhältnisse grundlegend ändern, ist selbstver-

ständig eine Neuüberprüfung der Zielrichtung gerade vom liberalen Standpunkt aus unerlässlich. In den wesentlichen Fragen werden wir nach heutiger Beurteilung unseren vorgezeichneten Weg weiterverfolgen müssen.

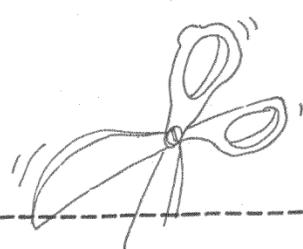
Für eine Konzentration der Kräfte

So wird es vorab darum gehen, bei der gesamten staatlichen Tätigkeit auch in Zukunft dafür zu plädieren, die Kräfte auf das Wesentliche zu konzentrieren und eine massvollere Gangart einzuschlagen, da die Gesetzgebungsmaschinerie nach wie vor auf Touren läuft. Das muss von uns aus beharrlich weitergetragen werden, unbeirrt von Stimmen aus anderen Parteien, die in letzter Zeit nach einem starken Staat rufen und dabei mehr Staat meinen.

Wir Freisinnigen sagen Ja zu unserem Staat; denn nicht zuletzt sind es unsere freisinnigen Verfahren, die ihn geschaffen haben. Wir wollen ihn aber nicht überall, genauso wenig wie wir keinen Laissez-faire-Liberalismus ohne soziales Netz wollen. Aber wir Freisinnigen wehren uns als Libe-

Haben Sie ihn schon?

Den Jahresbericht der FDP der Schweiz. Wenn nicht, können Sie ihn mit diesem Talon bestellen. Gratis.



Senden Sie mir bitte den Jahresbericht der FDP der Schweiz. Gratis.

Name/Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Wohnort _____

Einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.

SBG Ihre Bank mit Rat und Tat.

Höherer Ertrag mit sicheren Wertpapieren!

Der Rat: Wenn Sie auf längere Sicht sparen, dann ist es wichtig, einen Teil der Ersparnisse in absolut sicheren und höher verzinslichen Wertpapieren anzulegen.

Die Tat: Sparen Sie mit Kassenobligationen der Bankgesellschaft. Unser Kassier erklärt Ihnen gerne die Vorteile und berät Sie, wieviel Ihrer Ersparnisse Sie am besten in Kassenobligationen anlegen.



Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
Unsere Stärke grüne Werke

Fortsetzung von Seite 1

sen wir vom liberalen Leitbild her, das sich auf den mündigen und initiativen Staatsbürger abstützt, ausgehen. Wir trauen dem Einzelnen und der Privatinitiative eben mehr zu als andere Parteien. Deshalb gilt unsere Parole «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat» weiterhin.

Hat der Freisinn etwas gegen den Staat, wie ihm von den politischen Gegnern immer wieder vorgeworfen wird?

Wir Freisinnigen haben gar nichts gegen den Staat. Wir sagen ja zu ihm, denn es waren ja unsere politischen Vorfahren, die ihn begründet und im wesentlichen mitgestaltet haben. Wir stehen auch zu den sozialen Errungenschaften des modernen Staates, an deren Verwirklichung die freie Marktwirtschaft wesentliche Verdienste hat. Der Staat sollte sich vor allem in jenen Bereichen betätigen, wo Probleme der Gemeinschaft gelöst werden müssen. Wir wollen den Staat nicht überall, sonst schränkt er unseren Freiraum übermässig ein. Wenn man von dieser unserer Grundüberzeugung den Vorwurf der Verteufelung des Staates und der Demontage der sozialen Errungenschaften ableitet, dann tut man das wider besseres Wissen und aus allzu durchsichtigen Interessen heraus. Wer die Zielsetzungen anschaut, die wir vor den eidgenössischen Wahlen des letzten Jahres beschlossen haben, der kann nicht guten Gewissens behaupten, wir seien für einen Sozialabbau. Wir wollen die noch vorhandenen sozialen Lücken schliessen und das Erreichte konsolidieren, damit auch künftige Generationen noch in den Genuss der in eine beachtliche Höhe getriebenen Sozialleistungen kommen.

Wie beurteilen Sie die Chancen der heutigen Bundesratsparteienkonkordanz mit ihrer Zauberformel in den kommenden Jahren?

Schon mehr als einmal habe ich zum Ausdruck gebracht, dass es meiner Meinung nach sowohl für die Sozialdemokratische Partei wie auch für unser Regierungssystem besser sei, wenn die SP in der Regierungsverantwortung verbleibe. Es hätte indessen zweifellos bei einem Austritt dieser Partei aus der Regierungsverantwortung keine Staatskrise gegeben, und die Regierungsfähigkeit wäre nicht in Frage gestellt worden. Es stimmt, dass der Konkordanzgedanke an Glanz und Kraft verloren hat. Er war auch einfa-

Bruno Hunziker

1930 in Möhlin im aargauischen Fricktal geboren und selbst aufgewachsen, promovierte Bruno Hunziker an der Juristischen Fakultät der Universität Basel. Nach dem Erwerb des aargauischen Fürsprecherpatentes war er während elf Jahren als selbständiger Anwalt und in leitender Stellung in der Wirtschaft tätig. Mit 35 Jahren wurde der vierfache Familienvater in den Grossen Rat des Kantons Aargau gewählt, wo er schon bald einmal die Führung der FDP-Fraktion übernahm. Nach nur drei Jahren wechselte Hunziker von der Parlamentarier- auf die Regierungsbank. Als Regierungsrat genoss er über alle Parteischränken hinweg hohes Ansehen. Zunächst als Bau- und dann als Gesundheitsdirektor schuf Hunziker das erste kantonale Energieleitbild, ein wegweisendes Altersheimleitbild und ein Spitalleitbild. Trotz erfolgreichem Wirken trat Hunziker nach nur gerade zwei Amtspetitionen und im Alter von erst 46 Jahren bereits wieder aus der Regierung zurück, mit der Begründung, es sei jetzt noch die richtige Zeit, um etwas Neues zu beginnen. Zunächst war er dann während zweieinhalb Jahren Mitglied der Geschäftsleitung der Motor-Columbus AG. Seit 1978 führt Hunziker in Aarau, wo er auch seinen Wohnsitz hat, zusammen mit Partnern ein Anwaltsbüro. Er selbst ist vorwiegend als Wirtschaftsanwalt tätig und hat zudem zahlreiche Verwaltungsmandate in verschiedenen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen inne. 1977 rückte Bruno Hunziker in den Nationalrat nach und wurde bei den eidgenössischen Wahlen 1979 und 1983 ehrenvoll wiedergewählt. Er stand 1982 – nach dem Rücktritt von Dr. Fritz Honegger – als Bundesratskandidat im Gespräch. Er präsidierte die Programmkommission der FDP der Schweiz für die Ausarbeitung der «Zielsetzungen 83/87».

cher zu praktizieren, als wir Hochkonjunktur hatten und es dank dem laufend steigenden Bruttozivilprodukt und dem regelmässig ansteigenden Volkseinkommen allerhand zu verteilen gab. Wenn unser Regierungssystem richtig ist, was ich persönlich glaube, dann muss es sich

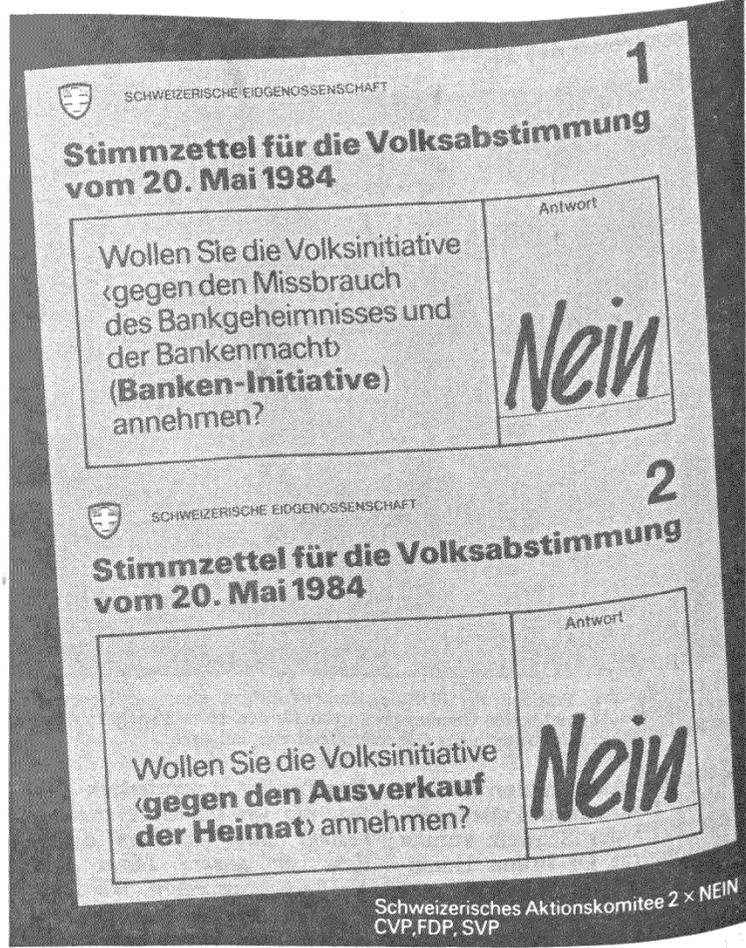
auch in schwierigen Zeiten bewähren. Voraussetzung für eine fruchtbare Zusammenarbeit der Regierungsparteien ist allerdings, dass die SP ihre immer noch beträchtlichen internen Schwierigkeiten überwindet und zu einer klaren Politik findet.

SPS-Präsident Hubacher hat nach dem Bundesrats-Nachwehen-Parteitag verkündet, die SPS werde künftig eine «schampar» unbequeme Politik einschlagen. Will auch die FDP gegenüber der Linken unbequemer politisieren?

Für mich ist völlig unverständlich, dass der Präsident einer grossen, weiterhin in der Regierungsverantwortung mitwirkenden Partei in Aussicht stellen kann, sie werde künftig eine «schandbar unbequeme» Politik betreiben. Weder hat die Haltung der SP-Fraktion während der März-Session noch haben ihre Spitzenexponenten gegenüber den anderen Bundesratsparteien eine solche Haltung erkennen lassen. Es scheint mir auch, dass es sich beim damaligen Ausspruch des SP-Präsidenten eher um eine spontane, aus der damaligen Verärgerung heraus voreilig abgegebene Äusserung handelte. Jedenfalls lässt sich weder die Freisinnige Partei noch lassen sich die beiden anderen bürgerlichen Bundesratsparteien irgendeinen unangenehmen Kurs oder neue Bedingungen aufzwingen.

Besteht Ihrer Ansicht nach in der schweizerischen Politik eine zunehmende Polarisierung?

Dieses Gerede um die sogenannte Polarisierung zwischen SP und FDP ist für mich bereits eine alte Platte, die trotz mehrmaliger Wiederholung der politischen Wirklichkeit nicht gerecht wird. Jede Partei hat ihr eigenes «Gesicht», ihr eigenes Programm, ihre eigenen Ziele. Sie unterscheidet sich deshalb von den anderen. Und wenn mit dem Beginn der Rezession die Auseinandersetzung zwischen der SP und der FDP wieder akzentuierter geworden ist, so ist dies auf die wirtschaftliche Entwicklung und daraus der Tatsache zurückzuführen, dass nicht mehr alles Wünschbare machbar ist und dass es gilt, Prioritäten zu setzen. In einem solchen politischen und wirtschaftlichen Umfeld stossen die so grundverschiedenen Ideologien des Liberalismus und des Staatssozialismus aufeinander. Trotz diesen Verschiedenheiten ist es aber insbesondere bei einer sinnvollen und fruchtbaren Praktizierung des Sozialpartnergedankens möglich, selbst unter veränderten



Umweltbedingungen tragfähige Lösungen zu finden, die sowohl im Interesse eines jeden Einzelnen wie aber auch der Gemeinschaft liegen. Beispiele dafür gibt es genug.

Innerhalb von wenigen Monaten haben jetzt drei der vier Bundesratsparteien einen neuen Präsidenten gewählt. Ist mit einem frischen Wind zu rechnen, oder bleibt alles beim alten?

Dass innerhalb eines Vierteljahres alle drei bürgerlichen Bundesratsparteien neue Präsidenten bestellt haben, scheint mir im Hinblick auf die Meisterung der vor uns liegenden Probleme keinesfalls als ungünstig. Sie gehen anders an die Arbeit, weil sie mit neuen Hoffnungen und Vorstellungen kommen und weil sie nicht durch jahrelange Abnützungerscheinungen oder Enttäuschungen vielleicht etwas den Verleider erhalten haben. Da ich die beiden neuen Präsidenten persönlich gut kenne und schätze, verspreche ich mir schon deswegen eine effiziente und fruchtbare Zusammenarbeit.

Ein Wortspiel im Pressedienst der Partei hat einiges Aufsehen erregt.

In einem Beitrag wurde die tatsächlich überaus bemerkenswerte Parolenidentität von SP und NA zum 20. Mai glossiert. Wenn in diesem Artikel auch keiner der beiden Parteien irgendeine Affinität zur Nazi-Ideologie unterstellt wurde – das Wortspiel mit der Abkürzung, das ich bedaure, wäre zweifellos besser unterblieben; die verfllossene NSDAP eignet sich nicht für innenpolitische Glösschen. Allerdings: dieser missglückte Kalauer hätte nicht zu einer solchen Affäre aufgebauscht werden müssen. Und wenn ein Parteipräsident in den letzten Jahren oft sehr weit gegangen ist in Angriffen und polemischen Äusserungen, dann ist es Helmut Hubacher. Wenn wir Freisinnigen seine Worte über uns immer sofort auf die Goldwaage gelegt und die Möglichkeit gehabt hätten, mit derselben Schnelligkeit das Fernsehen und gewisse Presseerzeugnisse zu uns zu rufen – dann sähe das Bild wieder etwas anders aus. Ich will jetzt nicht Bilanz ziehen, sondern nur festhalten, dass bei der SP reich unterschiedliche Massstäbe angewendet werden.

Exklusiv(r)echte.

Cigarillos geniessen in Kennerkreisen wenig Zutrauen. Das oft zu Recht. Denn das Verhältnis von Innengut zu Um- und Deckblatt kann bei kleinen Cigarren die Geschmacks-harmonie beeinträchtigen, da für eine ausgewogene Mischung kaum noch Raum bleibt.

Doch keine Regel ohne Ausnahme. La Paz Puritos beweisen das. Werden sie doch mit besonderer Sorgfalt nur aus Tabaken der allerbesten Ernten der weltberühmten Provenienzen aus Havanna, Brasil, Java und Sumatra mélangiert. Gehaltvoll und doch mild, sind sie die Spitzencigarillos des Connaisseurs. Selbstverständlich naturrein und ohne künstliche Geschmackszutaten. Mit erstaunlich langer Rauchdauer. Eben so, wie Cigarillos sein sollen. Denn echte Geniesser suchen das Exklusive.

Wir von La Paz richten uns danach.



Cigarros Autenticos.



Puritos von La Paz in 20er-Blechdosen zu Fr. 8.50. Nur im guten Fachhandel.

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

Unliberal und antiföderalistisch

Nein zum Ausverkauf der Heimat

Die Initiative «gegen den Ausverkauf der Heimat» spricht den Schweizer in seinem Gemüt an. Sie baut auf die traditionelle Verwurzelung des Schweizlers mit Grund und Boden. Sie rechnet damit, dass es dem zur Landesverteidigung entschlossenen Bürger nicht gleichgültig ist, wenn hektarenweise Land in ausländische Hände übergeht. Dass die Initianten deshalb versuchen, die Problemstellung zu verkürzen auf den Gegensatz zwischen Geldinteressen und staatspolitischer Notwendigkeit, zeichnet FDP-Grossrat Dr. Rudolf Rohr (Würenlos AG) auf:

Soll für ein Linsengericht das Erbe unserer Väter verschachert werden? Sollen um einer überholten Wachstumspolitik willen unsere schönsten Landschaften verhandelt werden? Was hülfe es, wenn wir den Kampf um die wirtschaftliche Entwicklung unserer Berggebiete gewinnen und nähmen doch Schaden an unserer Heimat?

Falsche Fragestellung

Wenn es wirklich um solche Fragestellungen ginge, wäre unsere Position recht schwach. Dann wäre vermutlich wenig damit erreicht, wenn wir darauf hinweisen, dass per saldo in den Jahren 1966-1980, also in fünfzehn Jahren zusammen, weniger als ein Tausendstel des Siedlungs- und Kulturlandes in ausländische Hände übergegangen ist. Und es wäre wohl auch wenig mit der Feststellung ausgerichtet, dass das neue Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland den Umfang der Veräusserungen künftig massiv zusammenstaucht. Gewiss, über die noch zu wenig ins Bewusstsein eingedrungene «Lex Friedrich», die bei einer Ablehnung der Initiative auf nächstes Jahr in Kraft treten könnte, muss verstärkt informiert werden. Auch mag der Hinweis, dass künftig pro Fremdenverkehrsort durchschnittlich noch etwa zwei Bewilligungen (einschliesslich bescheidener Appartements im Bau-recht!) erteilt werden dürfen, die wirklichen Proportionen deutlicher machen.

Und trotzdem dürfte es nur gelingen, die Initiative zur Verwerfung zu bringen, wenn aufgezeigt werden kann, dass auch staatspolitische Gründe gegen die Initiative sprechen.

Staatspolitische Überlegungen

Die Initiative ist unliberal und masslos in ihrer Ausschliesslichkeit. Indem sie es verunmöglicht, dass ein Ausländer sein schweizerisches Grundeigentum auf seine Kinder übertragen kann oder dass ein Ausländer mit blosser Aufenthaltsbewilligung ein Eigenheim kaufen kann, verstösst sie diametral gegen das schweizerische Eigentumsverständnis.

FDP gegen Ausverkauf der Heimat

In der Frage des Ausverkaufs der Heimat haben sich verschiedentlich FDP-Politiker schon in früheren Jahren profiliert. Erinnerung sei nur an den Solothurner Regierungsrat Urs Dietschi, Nationalrat Carl E. Scherrer (Schaffhausen) sowie Nationalrat Dr. Ruedi Schatz (St. Gallen).

Die Initiative vertritt sich aber auch schlecht mit unserer föderalistischen Grundhaltung, indem sie sich nicht darum kümmert, dass ein totales Veräusserungsverbot von weiten Bevölkerungsteilen in den Berg- und Touristikkantonen als Vergewaltigung

verteilt, ist staatspolitisch nicht zu verantworten. Mit der neuen Lex Friedrich sind genügend Zeichen für eine Umkehr gesetzt.

Schützenhilfe für Hubacher?

Wie im Vorfeld der Abstimmung durchgeführte Umfragen zeigen, kann die Initiative in der deutschen Schweiz mit einiger Sympathie rechnen. Auch wenn diese Umfrageergebnisse nicht überbewertet werden dürfen, so müssen sich die bürgerlichen Parteien doch vorsehen. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich der Souverän in Ausländerfragen nicht an die Parolen der Landesparteien hält. Bei der Verwerfung des Ausländergesetzes vor zwei Jahren konnten wir Freisinnigen uns immerhin damit trösten, dass ein Otto Fischer unter den Gegnern war, und bei der Ablehnung des Verfassungsartikels über die erleichterte Einbürgerung vor einem halben Jahr konnten wir darauf hinweisen, dass das Ergebnis der Parole einiger freisinniger Kantonalparteien entsprach. Diesmal würde ein solcher Trost fehlen.

Lachender Dritter wäre eine opportunistische SPS, welche sich hier auf einem für sie günstigen Gelände einen billigen Abstimmungserfolg holen und ausserdem im Hinblick auf die gewichtige Auseinandersetzung über die Stadt-Land-Initiative gegen die Bodenspekulation ein erster eigentumspolitisches Vorgeficht liefern will. Vielleicht erweist sich die Ja-Parole der SPS als glücklicher Bumerang, der es verhindert, dass die Initiative aus dem bürgerlichen Lager allzustarken Zugang erhält. Von der Sache wie von der politischen Situation her drängt sich am 20. Mai ein klares Nein zur SP-gestützten NA-Initiative auf.



empfundene werden muss, weil ja nach der Initiative die Flachlandkantone weiterhin uneingeschränkt Land an ausländische Unternehmen verkaufen könnten.

Eine Initiative, die derart radikal und einseitig die Gewichte

Nein zur Banken-Initiative

Produkt linker Ideologen

Die Banken-Initiative hat in unserer Gesellschaft und Wirtschaft keinen Platz. Sie ist ein Produkt linker Ideologen, denen die erfolgreichen Schweizer Banken ein Dorn im Auge sind. Dies ist die Meinung von FDP-Nationalrat Kurt Schüle (Schaffhausen), die er wie folgt begründet:



«Dies ist der erste Bruch mit dem Kapitalismus», kommentierte der damalige SP-Nationalrat Jean Ziegler die Lancierung der Banken-Initiative. Auslöser war die sogenannte Chiasso-Affäre. Argumentiert wurde aber auch mit dem behaupteten Grundsatz zwischen Werkplatz Schweiz und Finanzplatz Schweiz – eine durch die seitherige Wirtschaftsentwicklung völlig widerlegte These.

Sammelsurium von Vorschriften

Man muss diesen Text, der neu in unsere Bundesverfassung aufgenommen werden soll, schon zweier- oder dreimal lesen, um ihn einigermaßen zu verstehen. Er enthält ein Sammelsurium von Vorschriften gegenüber den Banken, deren Wirkungen der Stimmbürger nur schwer beurteilen kann.

Es ist darum schon die Frage aufgeworfen worden, ob die Initiative überhaupt vor dem Gebot der Einheit der Materie standhalten würde. Rechtlich mag dies in der Tat ein strittige Sache sein. Materiell aber scheint die Initiative durchaus konsequent: Sie will die wenig geliebten Banken treffen, sie will dem Finanzplatz Schweiz Schaden zufügen und sie will unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem in die gewünschte Richtung verändern. Am Anfang stand der Gedanke der Verstaatlichung der Schweizer Banken. In Abwägung der Erfolgchancen haben die Initianten aber ihr Vorhaben zurechtgestutzt, um dem ganzen Vorstoss eine harmlose Form zu geben.

Was will nun aber die Initiative?

An erster Stelle eine Abschaffung des Bankgeheimnisses, was mit dem Argument der Bekämpfung der Steuerhinterziehung und jenem der unmoralischen Fluchtgelder begründet wird. Die Steuerbeamten sollen sich in Zukunft direkt bei den Banken erkundigen dürfen über Vermögen der Steuerpflichtigen, über deren Einkommen und sonstige Erträge. Ausländischen Staaten soll von unseren Behörden her ebenfalls vermehrt in der Form einer sehr weitgehenden Rechtshilfe zugeordnet werden. Dann wollen die Initianten Transparenz schaffen, indem die Banken ihre Rechnungen konsolidieren und ihre stillen Reserven bekanntgeben sollen.



Überaus lebhaft verliefen zwei Diskussionsrunden zu den beiden am 20. Mai zur Abstimmung gelangenden Vorlagen im Schweizerischen Freisinnig-Demokratischen Presseverband. Unter Leitung von NZZ-Redaktor und Zürcher FDP-Kantonsrat Dr. Kurt Müller (4. v. l.) debattierten über die Initiative «Gegen den Ausverkauf der Heimat» (v. l. n. r.): Hannes Steffen, Vizepräsident der NA; SP-Nationalrat Dr. Fred Rubi, der im Gegensatz zu seiner Partei die Initiative ablehnt; Prof. Joseph Voyame, Direktor des Bundesamtes für Justiz, sowie FDP-Nationalrat Pascal Couchepin und Dr. Rudolf Stüdeli, Direktor der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung, beide nicht auf dem Bild. Die Pro- und Contra-Standpunkte zur Bankeninitiative vertrat der SP-Sekretär Rudolf H. Strahm (stehend) sowie der Berner FDP-Grossrat Dr. Renatus Gallati (2. v. r.), während der Generalsekretär des Eidgenössischen Finanzdepartements, François Landgraf (3. v. r.), die ablehnende Haltung der Landesregierung zu dieser Vorlage erläuterte. Der FDP-Presseverband steht unter der Leitung von Dr. Rudolf Gerber, Chefredaktor des «Landboten», Winterthur (4. v. r.).

Im weitem wird eine Begrenzung der Mitwirkung in andern Unternehmen verlangt sowie eine Versicherung der Einlagen bei den Banken.

Ziel: Abschaffung des Bankgeheimnisses

Im Zentrum der Bankeninitiative steht die Abschaffung des Bankgeheimnisses. Soweit sich die Steuerbehörden nach eigenem Er-

Mächtige Schweizer Banken?

Wenn man den Initianten Glauben schenkt, so müssten die Schweizer Banken weltweit eine enorme Macht besitzen. Wie steht es damit?

In der Rangliste der 150 grössten Banken der Welt steht – nach dem Umsatz gemessen – die SBG an 31. Stelle, der SBV an 33. und die SKA an 57. Stelle. Auch in der Gewinnstatistik sieht es ähnlich aus. SBG auf dem 27. Platz, SBV auf dem 34. und SKA auf dem 50.

Selbst im europäischen Vergleich sind die Schweizer Banken keineswegs die «Giganten». Unter den 20 grössten europäischen Banken finden sich 5 in der Bundesrepublik Deutschland, 5 in Frankreich, 5 in Italien, 4 in Grossbritannien und 1 in den Niederlanden. Die SBG folgt an 22. Stelle, der SBV an 29. und die SKA an 36.

Ist es da verhältnismässig, die Schweizer Banken gewissermassen für alles Elend in der Dritten Welt verantwortlich zu machen?

(Quelle: «Finanz und Wirtschaft» Nr. 61, 6. 8. 83, zitiert aus «The Banker».)

messen nicht mit den ihnen vorgelegten Lohnausweisen begnügen wollen, können sie direkt bei den Banken nachfragen. Argumentiert wird damit, dass ja jeder ehrliche Steuerzahler von einer Lockerung des Bankgeheimnisses keine Angst zu haben brauche. Mit dem selben Argument könnte man aber auch eine Aufhebung des Postgeheimnisses oder des Telefongheimnisses verlangen: Auch hier müsste der unbescholtene Bürger ja keine Angst haben. Diese Tendenz steht in krassem Gegensatz zur gerade von sozialdemokratischer Seite erhobenen Forderung nach vermehrtem Datenschutz, nach vermehrter Privatsphäre jedes Bürgers.

Schon heute haben die Steuerbeamten das Recht, von den Steuerzahlern jede Bescheinigung zu verlangen. Aber der Weg geht immer über den Steuerzahler, der Beamte kann sich nicht direkt an die Banken wenden. Diese Regelung im Schweizerischen Steuer-

recht beruht auf dem unabdingbaren Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat. Mit diesem System des Vertrauens ist die Schweiz gut gefahren. Das gesetzliche Instrumentarium zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung ist absolut ausreichend, wie vom Bundesrat vor kurzem festgestellt worden ist. Er beklagt einzig das Fehlen von genügend Personal, um noch besser undeckliertem Einkommen und Vermögen auf die Spur zu kommen. Mit vermehrten Paragraphen lässt sich hier also keine Verbesserung erreichen.

Sukkurs von seiten der Entwicklungshilfe-Organisationen und der Kirchen

Zuzug erhalten haben die Initianten von gutgläubigen Hilfstruppen aus dem Kreise der Entwicklungshilfe und der Kirchen. Hier scheint das Fluchtgeldargument auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein, obwohl die Banken-Initiative überhaupt nicht im Interesse der Entwicklungsländer, der Dritten Welt liegt. Um der Kapital-

Fortsetzung auf Seite 6

Die FDP der Schweiz empfiehlt Ihnen für die eidgenössische Volksabstimmung vom 20. Mai

2x NEIN

Die Banken-Initiative richtet sich gegen den Finanz- und Werkplatz Schweiz. Sie gefährdet unser wirtschaftliches Gefüge und damit tausende von Arbeitsplätzen. Sie hätte höhere Bankzinsen und damit höhere Mieten und eine Warenverteuerung zur Folge. Die Banken-Initiative würde den Steuerbehörden ohne Wissen des Kunden erlauben, bei den Banken Auskünfte über seine Sparhefte und Konti einzuholen. So würde die Schweiz zu einem Schnüffelstaat.

Die Initiative «gegen den Ausverkauf der Heimat» schießt über das Ziel hinaus und bevorzugt einseitig die reichen Industrie- und Bergkantone. Auch wir Freisinnigen sind gegen den Ausverkauf der Heimat. Deshalb begrüssen wir das schärfere neue «Bundesgesetz über den Grundstückerwerb durch Personen im Ausland», das eine massive Einschränkung der Ausländerverkäufe bringt. Dieses Gesetz kann aber nur in Kraft treten, wenn die Initiative abgelehnt wird.

FDP
Freisinnig-Demokratische Partei

Fortsetzung von Seite 5

flucht in diesen Ländern zu begünstigen, müssen dort geordnete Verhältnisse geschaffen werden. Schon heute nehmen die Schweizer Banken kein «schmutziges» Geld entgegen, das verbietet ihnen die sogenannte Sorgfaltspflicht-Vereinbarung mit der Schweizerischen Nationalbank. Es gibt auch keine Bankkunden, die ihre Identität vor den Schweizer Banken geheimhalten können. Die Erfassung der Personaldaten ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Eröffnung der sogenannten Nummernkonti.

Das Anliegen eines freien Kapital- und Geldverkehrs ist keineswegs ein Verstoß gegen das gute Gewissen und die Ethik. Darauf zu verzichten, würde unserem auslandabhängigen Land nur Schaden bringen, ohne jemandem zu nützen – die auf Gesellschaftsveränderung bedachten Ideologen für einmal ausgenommen.

Das Huhn schlachten, das goldene Eier legt?

Warum sollten wir einem noch erfolgreichen Wirtschaftszweig Bengel zwischen die Beine werfen? Was haben wir denn für ein Interesse daran, die Schweizer Banken und damit den Finanzplatz Schweiz zu demontieren? Ein mit einer Annahme der Banken-Initiative eintretender Vertrauensverlust von seiten des Auslandes müsste zwangsläufig zu steigenden Zinssätzen in unserem Land führen. Redimensionierung des Finanzplatzes Schweiz aber

bedeutet eine Gefährdung der Arbeitsplätze im Bankgewerbe und eine rückläufige Ertragskraft dieses Wirtschaftsbereiches, der auch die öffentlichen Kassen in sehr hohem Masse alimentiert. Längerfristig wären wohl jene Tendenzen nicht zu vermeiden, über die sich heute schon Länder wie Frankreich und Schweden beklagen, die den ganzen Kapitalverkehr unter staatliche Kontrolle bringen wollten. Statt einer Besse-

Der Ungereimtheiten in den einzelnen Forderungen (der Bankeninitiative) liessen sich viele anführen. Alles in allem enthüllen sie eine Denkweise, die sich weitaus weniger an der wirtschaftlichen Realität als vielmehr an ideologisch motivierten Wunschvorstellungen orientiert. Für die schweizerische Volkswirtschaft fiele der Schaden bei einer Annahme der Initiative schwer ins Gewicht.

Prof. Dr. Emil Küng, St. Gallen, zur Banken-Initiative

Die ruhmreiche Tradition der Steuermoral ist dort ein zunehmendes Ausweichen ins Ausland festzustellen, bekannt ist auch die in vielen Ländern wuchernde Schattenwirtschaft.

Wir wollen weder unsere traditionellen Persönlichkeitsrechte gefährden und ein Heer von Steuerbeamten auf unsere Banken lossenden, noch wollen wir einen zu unser aller Nutzen erfolgreichen Wirtschaftszweig behindern. Ganz besonders wehren wir uns aber auch gegen eine zunehmende Ideologisierung. Die Banken-Initiative hat in unserer Wirtschaft und Gesellschaft keinen Platz!

OSTSCHWEIZ

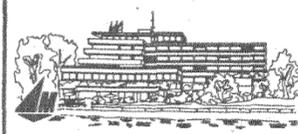
Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emilson, beim Bahnhof
Tel. (071) 23 35 36
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur
de la Confrérie de la
Chaine des Rôtisseurs



Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt
Delphin Bar
Seminar Department

ASH
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

Grosser Dachgarten
mit geheiztem Schwimmbad
Hot Whirl Pool - Sauna - Fitness
Grosser Parkplatz

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE
CH 1320 Arbon Tel. 071 46 35 35 Telex 77 247 Dr. Charles Delavay



Am Gallusplatz

Restaurant gastronomique

9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sisteck, (071) 23 33 30



Cuisine du marché
Eigene Kreationen

Das führende Haus mit Ambiance
(erbaut 1606 - restauriert 1974)

Täglich
11.00 bis 14.30 Uhr Montag Rôtisserie - Restaurant
18.00 bis 22.00 Uhr geschlossen Gewölbekeller für Gesellschaften

Auszug aus

SBG teilt mit



Informationen + Meinungen

Die aktuelle Informationsseite der Schweizerischen Bankgesellschaft Nr. 4/84



Sollen auch die ehrlichen Steuerzahler verdächtigt werden...
... indem der Fiskus hinter dem Rücken des Bürgers und ohne dessen Wissen in sein Bankkonto Einsicht nimmt?

FDP-Geschäftsleitung neu bestellt

Nicht nur einen Präsidenten, sondern auch drei Vizepräsidenten sowie zwei neue Mitglieder der Geschäftsleitung wählen die FDP-Delegierten.

Zu neuen Vizepräsidenten wurden die Zürcher Nationalrätin Elisabeth Kopp, der Tessiner Nationalrat Massimo Pini sowie der Genfer Stände- und Staatsrat Robert Ducret gewählt. Sie ersetzen Dr. Regula Frei-Stolba, Aarau, den Walliser Nationalrat Bernard Dupont und den Tessiner alt Nationalrat Pier-Felice Barchi. Die Luzerner Oberrichterin Ursula Widmer und der Zuger Regierungsrat Andreas Iten ziehen neu in die Geschäftsleitung ein anstelle von Kantonsrätin Gertrud Erismann-Peyer, Küsnacht ZH, und Regierungsrat Dr. Hugo Waser, Stansstad.

Die weiteren wiedergewählten Mitglieder der Geschäftsleitung sind: Nationalrat Dr. Felix Auer, Bottmingen BL, Dr. Pierre Gygi, Bern, Jean Hiltbrunner, Genf, Grossrätin Jacqueline Maurer, Lausanne, und Dr. Hans Weber, Götighofen TG. Ex officio gehören der Geschäftsleitung auch die beiden freisinnigen Bundesräte sowie der Fraktionspräsident (Nationalrat Jean-Jacques Cevy, Montreux) und der Generalsekretär der Partei (Fürsprecher Hans Rudolf Leuenberger) an.

Brauchen ehrliche Bürger kein Bankgeheimnis?

Die Schweizer sind kein Volk von Steuerhinterziehern. Der Bundesrat hat ihnen in einem kürzlich erschienenen Bericht ein positives Zeugnis ausgestellt. Schwarze Schafe bestätigen als Ausnahmen lediglich die Regel einer guten Steuermoral. Das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat ist in unserem Land noch weitgehend intakt und damit auch das System, wonach jeder in eigener Verantwortung dem Fiskus Einkommen und Vermögen deklariert. Die Verfechter der SP-Bankeninitiative sehen das freilich anders: Für sie ist jeder Steuerpflichtige grundsätzlich verdächtig. Deshalb verlangen sie eine Auskunftspflicht der Banken in Steuersachen, womit das Bankgeheimnis faktisch aufgehoben wird.

Nicht mehr der einzelne Bürger übergibt dem Fiskus Unterlagen über seine Bankgeschäfte. Vielmehr sollen die Steuerbehörden selber hinter dem Rücken des Betroffenen und ohne sein Wissen direkt bei der Bank Auskünfte einholen können. Und dies erst noch auf Jahre zurück.

hauptung zu, wäre Schweden, das kein Bankgeheimnis gegenüber den Steuerbehörden kennt, ein Musterbeispiel von Steuertugend. Offenkundig besteht wohl weit eher ein Zusammenhang zwischen Steuerbelastung und Steuerehrlichkeit.

Unser Steuersystem beruht darauf, dass jeder als mündi-

ger Bürger dem Staat sein Einkommen und Vermögen selbst meldet. Für seine Angaben hat er entsprechende Belege beizubringen. Dies gilt auch für den Selbständigwerbenden. Sein Lohnausweis ist seine Buchhaltung, die er auf Verlangen der Steuerämter durch Bankausweise und Kontoauszüge ergänzen muss. Kommt der Steuerpflichtige dieser Anforderung nicht nach, dann wird er nach Ermessen der Behörde eingeschätzt, und dies in der Regel so übertrieben hoch, dass er noch so gerne den Gegenbeweis (mit Bankbelegen) antritt.

Der Fiskus sitzt also keineswegs am kürzeren Hebel. Im Gegenteil. Er kann sich bereits heute Einsicht in die von ihm benötigten Bankunterlagen verschaffen. Aber nicht direkt bei der Bank, sondern beim Steuerpflichtigen selber.

Bei Verdacht auf Steuerbetrug (durch gefälschte oder

verfälschte Dokumente) kann der Untersuchungsrichter nach geltendem Recht die Bank zur Auskunft verpflichten. Diese Regelung genügt. Eine generelle Auskunftspflicht der Banken gegenüber den Steuerbehörden wäre auch nach Überzeugung von Steuerexperten überflüssig, ja sogar kontraproduktiv. Der langjährige Chef des Steueramtes des Kantons Zürich, Professor F. Zuppinger, hat öffentlich bestätigt, dass die gesetzlichen Mittel heute vorhanden sind, um die Steuerhinterzieher zur Kasse zu bitten. Diese Möglichkeiten wurden insbesondere durch das seit 1978 geltende Steuerhinterziehungsgesetz wirksam verstärkt.

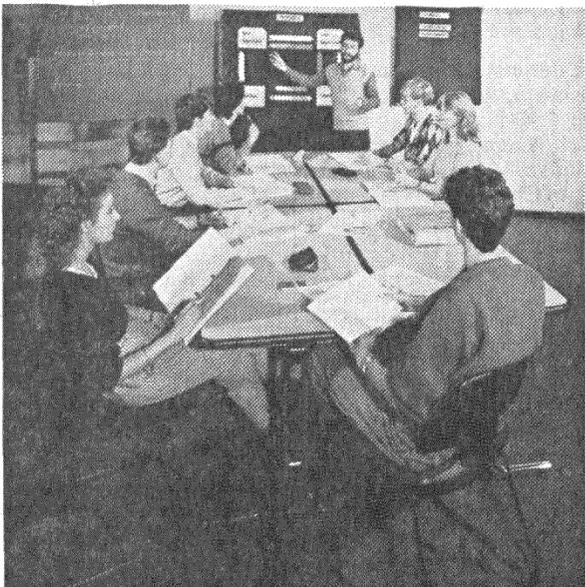
Kein Volk von Steuerdefraudanten

Als ehrlicher Steuerzahler darf der Schweizer sein Bankgeheimnis verdienterweise in Anspruch nehmen. Auch der Bundesrat hält die von der SP-Bankeninitiative geforderte «einschneidende Beschränkung des Bankgeheimnisses weder für notwendig noch gerechtfertigt». In seinen Erläuterungen zur Volksabstimmung vom 19./20. Mai schreibt er u. a. wörtlich: «Das Bankgeheimnis, d. h. die Pflicht der Banken, über die Geschäfte mit ihren Kunden Verschwiegenheit zu wahren, ist Ausdruck des besonderen Vertrauensverhältnisses zwischen Bankkunde und Bank. Die finanziellen Verhältnisse waren bei uns seit jeher Teil der Privatsphäre, in die der Staat sich nur äusserst zurückhaltend einmischen sollte.» ■

Fiskus am längeren Hebel

Der Forderung, die Bücher der Bankkunden zu öffnen, liegt eine falsche Annahme zugrunde: Das Bankgeheimnis sei schuld an der Steuerhinterziehung. Träfe diese Be-

Wesentlich zur Stärke unseres Finanzplatzes trägt die Qualität seiner Mitarbeiter bei. Aus- und Weiterbildung wird daher bei den Banken grossgeschrieben. Die Schweizerische Bankgesellschaft wendete 1983 deutlich über 20 Mio Franken für die schulische und berufliche Förderung auf. Pro 100 Franken Salär entfallen auf Ausbildung 1.62 Franken an Nebenkosten, wie dem Geschäftsbericht 1983 zu entnehmen ist. Ende 1983 standen beispielsweise 1531 Jugendliche in der SBG-Grundausbildung, davon 1092 in der Banklehre und 439 in der Büroausbildung.



Die aktuellen Informationsseiten «SBG teilt mit» der Schweizerischen Bankgesellschaft sind in jeder SBG-Geschäftsstelle erhältlich.
Herausgabe und Redaktion:
Presse- und Informationsstelle der Schweizerischen Bankgesellschaft, Bahnhofstrasse 45, 8021 Zürich.

Werner F. Nauer

Beratungen

-Rekrutierung/Selektion
leistungswillige Nachwuchskräfte, Kader,
Verkaufsleute

-Eignungsuntersuchungen

Rüdenplatz 4 8001 Zürich Tel. 471515

Welche Zukunft der Alternativenenergien?

Vorerst eine ernüchternde Bilanz

Seit der Erdölkrise 1973 gilt allgemein die Devise «Weg vom Öl!». Gelegentlich haben diese Bestrebungen an Vehemenz etwas eingebüsst, sind heute jedoch wieder in aller Munde, seitdem die ökologischen Folgen der Luftverschmutzung für jedermann sichtbar sind. Alle sind sich einig, dass Sparmassnahmen die beste und billigste Alternative wären. Daneben hat man versucht, andere als die bisher genutzten Energieträger (Alternativenenergien) sinnvoll einzusetzen. Wo stehen wir heute, zehn Jahre danach?

Aus der schweizerischen Gesamtenergiestatistik geht hervor, dass zwischen 1973 und 1982 der Energie-Endverbrauch um knapp 1% und der Verbrauch an flüssigen Brennstoffen sogar um 28,7% zurückgegangen sind. Demgegenüber haben flüssige Treibstoffe eine Zunahme von 11% und Elektrizität sogar eine solche von 28% erfahren.

Erdöl wurde gespart...

Vor allem im Sektor Wärmegegewinnungen haben somit die Bestrebungen, Erdöl einzusparen, zu Buche geschlagen. Gleichzeitig ist die Elektrizität aus Wasser- und Kernkraftwerken aufgewertet worden - sie ist heute unentbehrlicher denn je. So ruft wirkungsvolles Energiesparen, ob man will oder nicht, nach Elektrizität. Man denke nur an die Wärmerückgewinnung, die Altstoffwiederverwertung (Recycling) und nicht zuletzt die Nutzung alternativer Energien wie Sonne, Wind, Umgebungswärme usw. Die vorangetriebenen Umweltschutzmassnahmen, wie Klären der Abwässer, Reinigen von Abgasen, Aufbereiten von festen Abfällen usw. erfordern ebenfalls mehr elektrische Energie.

... dank konventionellen Energieträgern

Wie Dr. Eduard Kiener, Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft, kürzlich ausgeführt hat, wird heute nur ungefähr ein halbes Prozent des Energieverbrauchs durch Alternativenenergien

sind aber mindestens 118 kWh Strom notwendig (nur Betrieb der Wärmepumpen), was die oben stehenden Aussagen bestätigt. Mit anderen Worten: um zwei Teile des Energie-Endverbrauchs aus Erdöl zu ersetzen, brauchen wir zusätzlich zur Alternativenenergie (Umgebungswärme) einen Teil Strom.

Die günstige Entwicklung bezüglich der Substitution von flüssigen Brennstoffen ist somit in Anbetracht des geringen Beitrages der Alternativenenergien am Energie-Endverbrauch wohl eher den Sparmassnahmen im weitesten Sinne und der Substitution mit anderen konventionellen Energieträgern zuzuschreiben als der Nutzung von Sonne, Wind und Umgebungswärme. Wo liegen die Gründe für diese ernüchternde Bilanz?

Geringe Energiedichte - grosser Aufwand

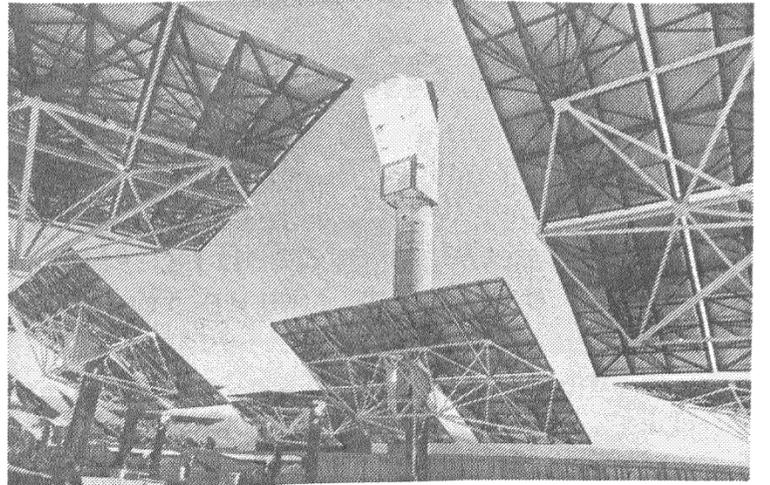
Die zu nutzenden Primärenergien (Sonnenenergie, Umgebungswärme, Erdwärme, Wind) fallen mit einer derart geringen Energiedichte (Energie pro Flächeneinheit) an, dass das Einsammeln durch technische Einrichtungen mit grossem Aufwand verbunden ist. Das folgende Beispiel soll diesen Sachverhalt veranschaulichen.

In Anwendung einer der folgenden Optionen könnte jeweils 1% des schweizerischen Energie-Endverbrauchs gedeckt werden:

- Jede Wohnung in der Schweiz müsste mit 8 m² Solarzellen oder mit 2 m² Sonnenkollektoren ausgerüstet sein.
- Es wären 20 000 Biogasanlagen mit einem durchschnittlichen Viehbestand von 50 Tieren im Einsatz.
- 260 000 Wohnungen würden mit Wärmepumpen beheizt.
- 100 Grosswindanlagen (Growian), wie eine erste an der windreichen Untereibe in Norddeutschland steht, wären in Betrieb. (Dimensionen einer solchen Anlage: 50 m hoher Betonturm mit Zweiblattrotor von 100 m Länge).

Schwieriger Stand alternativer Technologien

Auf andere Weise drückt sich derselbe physikalische Sachverhalt



Aus Sonnenwärme mach Strom - dies ist das Motto dieses ersten französischen Sonnenenergie-Kraftwerks bei der Pyrenäenstadt. «Themis» fängt mittels 201 Sonnenreflektoren - jeder Spiegel hat eine 54-m²-Fläche - die Strahlen auf und bündelt sie auf die Spitze des 100 Meter hohen Turms. Dort wird mit der Wärme Wasser erhitzt, das als Dampf eine Turbine zur Stromerzeugung treibt.

aus, wenn man die produzierte Energiemenge mit dem energetischen Aufwand (für die Herstellung der entsprechenden Anlagen und ihrem Unterhalt) vergleicht (Erntefaktor) und die Frage stellt: Wie viele Jahre braucht es, bis sich diese Bilanz ins Positive schlägt?

Die Zeit, in der ein Kraftwerk die zu seinem Bau und Betrieb über die gesamte Lebensdauer hin erforderliche Energie selbst wieder produziert hat, beträgt bei Solar-Farm-Anlagen im Leistungsbereich von 1 MW etwa 2 Jahre, bei Solar-Turm-Anlagen (konzentrieren das Sonnenlicht auf die Spitze des Turms) im Leistungsbereich von ca. 100 MW dagegen nur ein Jahr.

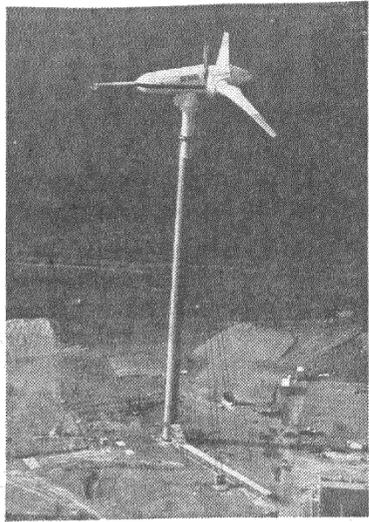
Zum Vergleich sei erwähnt, dass diese Zeitwerte bei einem Kohlekraftwerk von 100 MW rund 0,15 Jahre und bei einem Kernkraftwerk von 1300 MW (Gösgen 920 MW Nettoleistung) rund 0,33 Jahre betragen. Verglichen mit diesen Zahlen scheint die energetische Amortisationszeit von Stromerzeugungsanlagen mit Hilfe von Flach- oder schwach konzentrierten Kollektoren (10-kW-Bereich) völlig hoffnungslos: Sie beträgt 9 Jahre. (Ergebnis einer Untersuchung laut «Brennstoff-Wärme-Kraft».)

Aus diesen Beispielen wird deutlich, wie schwer es für alter-

native Technologien ist, auch nur als Additive neben den konventionellen zu bestehen, geschweige denn diese zu ersetzen.

Gewichtige Entscheidungen für die Zukunft

Wenn voraussichtlich im Jahr 2000 entsprechend den verschiedenen Szenarien der Gesamtenergiekonzeption tatsächlich einige Prozente des Energie-Endverbrauchs mit Alternativenenergien gedeckt werden können, so bezieht sich dieser Anteil vor allem auf den Sektor Wärme und nicht auf die Elektrizität. Wie aus dem Vorangehenden hervorgeht, braucht der Einsatz von Alternativenenergien für Bau und Betrieb der entsprechenden Anlagen günstigen Strom. Energiepolitische Entscheidungen für Alternativenenergien gleichzeitig aber gegen die herkömmliche Produktion von Elektrizität in grossen Wasser- und Kernkraftwerken sind daher widersprüchlich und zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht. Es geht vielmehr darum, die bewährten Techniken zu nutzen, um unter günstigen Bedingungen nach neuen, besseren Wege zu suchen. Ein Zwangsverzicht auf Kernenergie, wie ihn die Atom- und die Energieinitiative fordern, wäre gerade für die Entwicklung der Alternativenenergien gefährlich.



«Growian» - nach den Herstellerangaben die grösste Windenergieanlage der Welt - soll im Kaiser-Wilhelm-Koog (BRD) mit dem 100 m langen Propeller einmal Strom für 400 Haushalte produzieren. Es nahm seinen Betrieb im letzten Jahr auf.

(inklusive Kehr- und Industrieabfälle) gedeckt. Darüber dürfen auch die 10 000 in unserem Lande installierten Wärmepumpen zur Nutzung der Umgebungswärme die 6000 Sonnenenergieanlagen mit einer installierten Kollektorfläche von ca. 85 000 m² und die 100 Biogas-Anlagen nicht hinwegtäuschen.

Die erwähnten Anlagen werden vor allem für Heizzwecke und zur Warmwasseraufbereitung eingesetzt und liefern insgesamt 276 Mio. kWh Energie, was einen Anteil von 0,15 Prozent des Energie-Endverbrauchs entspricht. Für die Produktion dieses Anteils

durch übermässige Steuern entzogen werden darf. Wer die Steuererhöhungen in den letzten zwanzig Jahren mitverfolgt hat, wird mir sicherlich beistimmen, dass die Steuerbelastung für sämtliche Einkommensstufen, insbesondere aber für mittlere Einkommen, ein nicht mehr zumutbares und wirtschaftlich nicht mehr vertretbares Ausmass angenommen hat. Th. W., Basel

Die Eigentums-garantie steht auf dem Spiel

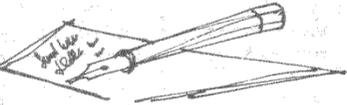
Zur Abstimmung über die NA-Initiative

Volk und Stände der Schweiz sind aufgerufen, am 20. Mai zur Initiative der Nationalen Aktion «gegen den Ausverkauf der Heimat» Stellung zu beziehen. Da die Initianten die Vorlage auch in Anbetracht eines inzwischen ausgearbeiteten neuen Bundesgesetzes über den «Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland» nicht zurückzogen, haben Volk und Stände zu entscheiden.

Die Initiative enthält eine übermässige Beeinträchtigung der Eigentums-garantie. Diese ist, je nachdem ob Herr Schweizer im Mittelland oder im Goms Grund und Boden besitzt, nicht in gleichem Masse gewährleistet, denn die Initiative macht zwei wichtige Ausnahmen: Grundstückerwerb durch Ausländer ohne Niederlassungs-bewilligung oder ausländisch beherrschte Firmen ist zulässig, wenn es beim Grundstück um die Grundlage für einen Produktions- oder Dienstleistungsbetrieb geht. Verboten ist damit praktisch ausschliesslich der Erwerb von Ferienwohnungen. Im Mittelland, um beim Beispiel zu bleiben, könnten damit ganze Landstriche für Industriebauten an Ausländer verkauft werden, im Wallis wäre der Verkauf von 200 Quadratmetern für eine Ferienwohnung verboten.

Es geht nicht an, Grund und Boden im Tessin, Wallis, in Graubünden verfassungsmässig anders zu behandeln als Grund und Boden in Basel und in Zürich. Dieses natürliche Rechtsempfinden gebietet ein Nein zur Initiative. Wo kämen wir in unserem Lande hin, wenn derart sektiererische Einzelinteressen, wie sie die Initiative umfasst, gesamt-nationalen Anliegen vorgezogen würden? Deshalb Nein zur NA-Initiative. J. C., Zürich

Leserbriefe



Wohlstand und verdeckte Steuererhöhungen

Die steuerliche Gleichstellung zwischen verheirateten und ledigen Paaren kann entweder durch eine Steuererhöhung bei den Einzelverdienern, einer Steuerreduktion bei verheirateten Paaren oder einer Kombination dieser beiden Massnahmen realisiert werden. In der Praxis dürfte schliesslich in den meisten Kantonen wie auch auf Bundesebene die kombinierte Variante zum Zuge kommen. Ein derartiger Kompromiss umfasst im Vergleich zur gerechtesten sowie wirtschaftlich sinnvollsten Variante «Steuerreduktion bei Doppelverdienern bei Beibehaltung der Steuersätze für Einzelverdiener (nach Egalisierung der kalten Progression)» zwei wesentliche Nachteile:

Erstens werden, auf Grund des Unvermögens der staatlichen Steuergesetzgeber/Steuerorgane sämtliche Bürger gleichem Recht zu unterstellen, Einzelverdiener durch eine zukünftige Steuererhöhung bestraft.

Zweitens ermöglicht eine Kombination von Steuererhöhung bei Einzelverdienern sowie Steuerreduktion bei Doppelverdienern die weitere Implementierung einer verdeckten Steuererhöhung. Verdeckte Steuererhöhungen in Form von Sonderabgaben wie Schwerkverkehrssteuer, Autobahnvignette, Treibstoffzuschläge, Tabaksteuer, Alkoholsteuer, Grundstückgewinnsteuer, Erhöhung der PTT-Taxen (obwohl die PTT entgegen ihrem Leistungsauftrag einen beträchtlichen Gewinn erwirtschaftet), Bankkündungssteuer, Energiesteuer, Geburtssteuer, Überstundensteuer, Besitzumsteuer gehören schon bald zum Alltag. Zudem tragen diese vielen Sondersteuern überhaupt nichts zu einer erhöhten Transparenz der öffentlichen Finanzwirtschaft bei. In der Schweiz gibt es leider allzu viele Leute, die sich mit der Kreation neuer Steuerabgaben beschäftigen und in der Folge die ech-

ten Leistungserbringer unserer Wirtschaft demotivieren. Unsere Wirtschaft kann nur solange gut funktionieren, als für die einzelnen Subjekte ein Leistungsanreiz unter anderem auch durch ein vergrösserbares Nettoeinkommen besteht.

In der Folge gilt es für Politiker dahinzuwirken, dass einerseits möglichst bald Doppelverdiener entlastet werden sowie die kalte Progression endlich ausgeglichen wird, andererseits nicht im Gegenzug dazu neue, zusätzliche Steuern erhoben resp. bestehende Steuern erhöht werden.

Wie kann jedoch der Staat mit eingeschränkten Mitteln seinen Aufgaben noch nachkommen? Erstens müssen die öffentlichen Verwaltungen von Aufgaben entlastet - z. B. sollten bei der Einführung eines neuen Gesetzes zwei bestehende abgeschafft werden - und zweitens die bestehenden Aufgaben analog der Entwicklung in der Privatindustrie noch effizienter gelöst werden. Das Entbinden des Staates von Aufgaben bedingt die Bereitschaft des mündigen Schweizer Bürgers in Zukunft wieder sowohl mehr Verantwortung zu tragen, als auch selbständig zu handeln und sich nicht vom Staate zunehmend bevormunden zu lassen.

Das in der Schweiz erreichte Wohlstandsniveau kann weder durch staatliche Umverteilungsprozesse (Subventionen), die immer einen Wirkungsgrad kleiner als eins aufweisen, noch durch neue, zusätzliche Gesetze gehalten oder sogar ausgebaut werden. Massgebend für die Erhaltung resp. den Ausbau des bestehenden Wohlstandsniveaus ist eine freie Marktwirtschaft mit Initiativen, bestens motivierten und in ihrem Investitionsentscheid resp. Investitionsvermögen nicht durch staatliche Eingriffe eingeschränkten Bürgern. Das heisst, dass das zur Förderung der Wirtschaft notwendige Kapital weder Privatpersonen noch den Unternehmungen

Die SP-Bankeninitiative:

Ein krasser Eingriff in die Privatsphäre.



Heute gibt der Schweizer den Steuerbehörden über seine Finanzen persönlich Auskunft. Dies will die SP-Bankeninitiative ändern. Der Steuerbeamte soll direkt bei der Bank nachfragen dürfen, ohne Wissen des Betroffenen.

Bei Straffällen (zum Beispiel Steuerbetrug) müssen die Banken

heute schon Auskunft geben. Was darüber hinausgeht, bevormundet den Bürger.

Der Schweizer legt Wert auf den Schutz seiner Privatsphäre. Auch das Bankgeheimnis gehört dazu. Nur wenn die SP-Bankeninitiative abgelehnt wird, bleibt die Privatsphäre des Kunden erhalten.

DIE SCHWEIZER BANKEN ein Teil unserer Wirtschaft

Ein Inserat der Schweizerischen Bankiervereinigung, Postfach, 4002 Basel

Nein zum Ausverkauf der Heimat

Wir sind uns einig: Der Ausverkauf der Heimat muss gestoppt werden. Dem dient das neue, schärfere «Bundesgesetz über den Grundstückerwerb durch Personen im Ausland». Es schränkt die Ausländerverkäufe massiv ein. Zudem gibt es den Kantonen und auch jeder einzelnen Gemeinde die Kompetenz,

selber zu entscheiden, ob sie diese Verkäufe noch weiter einschränken oder total verbieten wollen.

Damit aber das Gesetz in Kraft treten kann, muss die untaugliche Initiative «gegen den Ausverkauf der Heimat» abgelehnt werden.

VOLKSABSTIMMUNG

Deshalb
am 20. Mai:
«Ausverkauf
der Heimat»

NEIN

Schweizerische Aktionskomitee gegen die Ausverkaufs-Initiative
Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP)
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Schweizerische Volkspartei (SVP)

KABA STAR - kopieren gesetzlich verboten.



Wer KABA STAR-Schlüsselkopien unbefugt herstellt, macht sich strafbar. KABA STAR-Duplikate dürfen nur vom Werk und nur gegen Unterschrift der bezugsberechtigten Personen angefertigt werden. Das ist gesetzlich festgelegt. Durch in- und ausländische Patente. KABA STAR ist das Schliess-System, bei dem Sie ein wirklich sicheres Gefühl haben können. Auf lange Sicht. Mehr erfahren Sie bei Ihrem Beschläge- oder Eisenwarenhändler.



BAUER KABA AG
Postfach, 8620 Wetzikon 1
Tel. 01/931 61 11

KABA STAR. Denn Sicherheit beginnt beim Schloss.

Jede 3. Ehe

wird in diesem Land geschieden (Statistik), deshalb arbeiten wir drei Damen absolut individuell und mit grösster Vorsicht.

Introduction
EHE-PARNERWAHLINSTITUT
FÜR ANSPRUCHSVOLLE
Frau M. Th. Kläy
Neuengasse 45, 3001 Bern
Telefon 031/22 21 12

Verlangen Sie die Unterlagen, Sie werden weder angerufen noch von einem Vertreter besucht.

(Überregional/International)
(Staatlich eingetragen seit 1956)

Geilinger-Engineering löst Ihre Probleme.

Industrie-Engineering bedeutet nichts anderes als mit Logik und System auf die gesteckten Ziele einzuwirken. Ihre Probleme in all jenen Bereichen zu lösen, wo der industrielle Erfolg zukunftsentscheidend ist, betrachten wir als unsere Hauptaufgabe.

Geilinger AG CH-8401 Winterthur, Tel. 052/22 74 34
Dept. Planung und CH-1462 Yvonand, Tel. 024/31 17 31
Generalbau CH-1227 Genève, Tel. 022/42 82 32

GEILINGER

Villiger-Kiel



ghört dezue
villiger

«Meine Dollar-Anlage wird fällig, was soll ich tun?»

«Geht es Ihnen in erster Linie um einen hohen Ertrag?»

«Für welche Zeitspanne möchten Sie die Summe wieder anlegen?»

Sind Sie sich über das Währungsrisiko im klaren?

Wäre Ihnen mit einer Anlage in der Währung Ihres Landes besser gedient?

Können Sie sich regelmässig mit Anlagefragen befassen, oder sollen wir bei der nächsten Fälligkeit an Ihrer Stelle entscheiden?»

Wir geben keine vorschnellen Antworten. Lieber fragen wir zuerst. Bis wir die Lage des Kunden kennen und wissen, womit ihm wirklich gedient ist.

Sicher sein - Bankverein



Schweizerischer Bankverein
Société de Banque Suisse

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat.



Deshalb am 20. Mai

NEIN zur Banken-Initiative

Schweizerische Aktionskomitee gegen die Banken-Initiative CVP, FDP, SVP

Hotel Kindli Zürich

- Das komfortable 4-Stern-Hotel an der Ecke Pfalzgasse/Rennweg
- Parkhaus Urania 3 Min. entfernt
- Jeden Abend Top-Music-Show mit der 10-Mann-Kindli-Band beim Candlelight-Dinner

Bitte Tischreservierung Telefon Hotel: 01/211 59 17
Telefon Restaurant: 01/211 41 82
Telex: 812426

Umstände halber zu verkaufen traumhafte 3geschossige

Eigentumswohnung (Neubau)

in Gutenswil evtl. auch ganzes Haus mit 2 zusätzlichen Mietwohnungen. Bezugsbereit: Mai 1984.

Auskunft durch:
Zahn AG, Industriestrasse 31
8305 Dietlikon, Telefon (01) 833 38 64.

FIFDP35592

Wir besorgen alle Arbeiten, die für Sie als Bauherr anfallen - als Ihr Geschäftsführer auf Zeit.

Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH
TEL. 01 3161310, TELEX 822621 (SBM)

Wer trinkt, wird alt — wer säuft, stirbt bald

Deutsches Sprichwort

Wer den Wein, dieses köstliche Naturgeschenk im Uebermass zu sich nimmt, der weiss ihn nicht richtig zu schätzen. Der echte Weinfreund aber erkennt, dass sich ihm dieses edle Getränk im bedächtigen, massvollen Genuss voll offenbart. Ihm ist aber auch jede Flasche schon lieb, lange bevor er sie entkorkt: wenn er sie sorgfältig auswählt und liebevoll in seinem Keller bettet.

Für jeden Weinfreund sind wir gerne tätig. Ihm gehört unsere Generation langer Erfahrung (unser Haus ist seit über 200 Jahren dem Wein verbunden).

Rufen Sie uns an, (Tel. [043] 21 20 81) oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wibüechli» — eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

St.-Jakobs-Kellerei
Schuler & Cie. AG
Schwyz und Luzern
Franzosenstrasse 14
6423 Seewen-Schwyz





Martigny 1984

Überaus zahlreich kamen die FDP-Delegierten zum diesjährigen Parteitag nach Martigny. Für die starke Beteiligung waren zweifellos drei Gründe ausschlaggebend: Es galt Abschied zu nehmen von Yann Richter als Parteipräsidenten und seinen Nachfolger zu erküren; zudem nahmen zahlreiche der von den Kantonalparteien neugewählte Delegierten erstmals an einem Parteitag der FDP der Schweiz teil. Unsere Bilder (Photos Ruti) zeigen oben: Yann Richter bei seiner Abschiedsadresse. Rechts die neuen Vizepräsidenten der FDP der Schweiz (v. l. n. r.): Staats- und Regierungsrat Robert Ducret (Genf), Nationalrat Massimo Pini (TI) und Nationalrätin Elisabeth Kopp (Zürich). Darunter die Bundesräte Dr. Rudolf Friedrich, der sich gegen die NA-Initiative «gegen den Ausverkauf der Heimat» wandte, und Jean-Pascal Delamuraz, der sich eloquent zu einigen Tagesfragen äusserte. Das Bild unten rechts illustriert den Grossaufmarsch der Freisinnigen. Auf dem Bild links oben sind zu erkennen (v. l. n. r.): Nationalrat Bernard Dupont (Wallis), Bundesrat Delamuraz, Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger und Yann Richter. Auf dem untern Bild zeigen die Gesichtsausdrücke, dass die Freisinnigen dabei sind. Ganz unten ein Blick auf die Teilnehmer am Podiumsgespräch über die NA-Initiative «gegen den Ausverkauf der Heimat».



Schulkoordination und Sprachenbarriere

Ein Beitrag, den Graben zu überwinden

In den eidgenössischen Räten steht gegenwärtig die Frage der Schulkoordination zur Diskussion. Sie wurde weitgehend durch eine von zwölf FDP-Kantonalparteien lancierte Initiative ausgelöst. FDP-Nationalrätin Geneviève Aubry (Tavannes BE) sieht in einer Vereinbarung über einen einheitlichen Schuljahresbeginn einen Beitrag, um den Graben zwischen der Deutsch- und der Westschweiz zu vermindern:



desteil umziehen müssen. Diese Bewegungen werden immer zahlreicher, und die Statistiken beweisen es, dass 4,5 Prozent bis 35 Prozent der Schüler (die Prozentsätze sind von Kanton zu Kanton verschieden) während ihrer obligatorischen Schulzeit in einem andern Kanton wechseln. Die Kinder verlieren dadurch oft ein Schuljahr.

Wegen des Föderalismus und der ausgeprägten kantonalen Unabhängigkeit herrscht ein völliges Durcheinander, was den einheitlichen Schulbeginn betrifft. Wenn diese Situation vor dreissig Jahren noch akzeptiert werden konnte, so ist sie heute für viele Familien unhaltbar geworden, insbesondere für Familien, die in einem zweisprachigen Kanton oder gar in einer zweisprachigen Stadt wohnen, wo der Schulbeginn dem Sprachgebrauch angepasst ist.

Beispiel Biel

Für die französischsprachigen Schüler heisst das, dass die Schule im Herbst beginnt und für die deutschsprachigen Schüler im Frühling. Wenn in einer zweisprachigen Stadt wie Biel die Berufsschulen, die Lehrstellen von der einen oder anderen Sprache abhängig sind, so kann man sich wohl die Situation und die daraus entstehenden Komplikationen vorstellen. Für einige Schüler sind die Lehrstellen bereits besetzt, wenn sie aus der Schule treten, für andere sind sie noch nicht frei.

Nun leben wir aber in einer Zeit der beruflichen Mobilität und der immer mehr zunehmenden Spezialisierung. Das erfordert, dass viele Leute für einige Zeit in einen anderen Landesteil, manchmal in eine andere Region, manchmal in einen anderen sprachlichen Kantons- oder Lan-

seit die Schweiz wirtschaftliche Probleme kennt, predigt man von allen Seiten die berufliche Mobilität. Was schon für einen Erwachsenen nicht angenehm ist, sollte nicht noch für ein Kind die Situation komplizierter gestalten, und dies im Namen des Föderalismus.

Wenn sich die kantonale Souveränität auf einem Gebiet voll ausleben konnte, so bestimmt im Schul- und Bildungswesen. Was die Lehrpläne, die Lehrmittel, den Lehrstoff und den Schulbeginn betrifft, so haben die Kantone immer die vollen Kompetenzen beibehalten.

Der Herbstschulbeginn ist für uns eher ein politisches und praktisches als ein pädagogisches Problem. Wenn man – leider – allzuoft den Graben zwischen Welsch- und Deutschschweizern hervorhebt, so wäre in meinen Augen die Koordination des Schuljahresbeginns, wie sie nun der Bundesrat vorschlägt und vom Nationalrat bereits gutgeheissen wurde, ein Weg, ein konkreter Fall, um diesen Graben zu überwinden.

Tribüne



Unesco-Austritt für die Schweiz!

Die Unesco, eine der wichtigsten Unterorganisationen der Uno, zuständig für die Bereiche Erziehung, Wissenschaft und Kultur, ist zu einer antiwestlichen Propagandaorganisation umfunktioniert und verpolitisiert worden. Sie betreibt Misswirtschaft und will der freien Presse in der Welt Fesseln anlegen. Sie attackiert die westliche Kultur als imperialistisch und verunglimpft die freie Marktwirtschaft. Die Vereinigten Staaten haben beschlossen, diesem Verein zu kündigen. Wie lange kann es sich die Schweiz noch leisten, eine solche Organisation zu unterstützen? Wäre ein Austritt nicht auch für unser Land längst fällig?

Mit der Unesco ist eine weitere Organisation der Uno dem bedrohlichen Komplott zwischen kommunistischer Vorherrschaft der Ostblockstaaten und arroganter Forderungsmoralität der Dritten Welt zum Opfer gefallen. Was von den Schöpfern einst als weltumspannendes Netzwerk befruchtender Kontakte und bereichernden Austausches von Ideen und Gütern entwickelt wurde, entpuppt sich mehr und mehr als ein Fangnetz, in dem sich die westlichen Länder hoffnungslos verstricken.

Propagandainstrument

Befangenheit und Gefangenheit haben das Verhältnis des Westens

zur Dritten Welt in den letzten dreissig Jahren nachhaltig geprägt. Als Komplex, der sich durch eine Art vermeintlicher Erbschuld aus kolonialer Epoche entwickelt hat, gleicht dieses Verhältnis einer Eltern-Kind-Beziehung, die durch Geschenke Gunst zu erkaufen sucht und daran notwendigerweise zerbricht. Ein erwachendes Afrika, Asien und Südamerika wandelt sich rasch vom dankbaren Empfänger zum fordernden Erpresser. Und so verkommt eine Uno-Organisation um die andere zum östlichen Propagandainstrument.

Dieser Entwicklung muss ein Riegel geschoben werden. Die USA haben mit der Androhung

Abstimmungsparolen der FDP der Schweiz

Banken-Initiative	NEIN
Initiative «gegen den Ausverkauf der Heimat»	NEIN

des Austrittes aus der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und dem jüngst erfolgten Austritt aus der Unesco erste Schritte getan. Auch wir müssen dazu unseren Beitrag leisten. Niemand könnte es besser als die Schweiz. Sie war nie Kolonialmacht, selber aber vor nicht mehr als hundert Jahren hungerndes Entwicklungsgebiet.

Echte Partnerschaft

Wir müssen eine Aussenpolitik entwickeln und vertreten, die auf echter Partnerschaft mit der Dritten Welt basiert. Partnerschaftliche Aussenpolitik heisst: faire, aber harte Verhandlungen mit Gleichberechtigten! Partnerschaftliche Aussenpolitik heisst: weg vom sentimentalsten Almosendenken sogenannter Entwicklungshelfer und hin zu einer wirtschaftsorientierten Zusammenarbeit! Die Dritte Welt lernt nicht gehen, wenn wir ihr ständig mehr Krücken verpassen.

Wir dürfen unsere Kreditpolitik nicht von exzessiven Ansprüchen unfähiger Regierungen abhängig machen. Wir dürfen unser Bankgeheimnis nicht opfern, damit morbide und korrupte Wirtschaftsverhältnisse in der Dritten Welt weiter wuchern. Unsere Unternehmen sollen nicht mit zusätzlichen Reglementen behindert werden, die uns Entwicklungsländer und kommunistische Staaten mit der Hilfe der Uno aufzwingen wollen. Wir lassen unsere freie Presse nicht ans Gängelband legen, auch nicht von der Unesco. Wir wollen an der Pressefreiheit und der freien Marktwirtschaft festhalten, nicht nur im Innern, sondern auch nach aussen.

Mut und Entschlossenheit

Zugegeben: Eine solche aussenpolitische Konzeption ist anspruchsvoll. Sie verlangt Mut und Entschlossenheit. Sie bedingt, dass sich die kleine Schweiz ihre Unabhängigkeit gegenüber der Uno und ihren Unterorganisationen bewahrt. Nur dann sind wir in der Lage, unsere Aussenpolitik auch gegenüber der Dritten Welt in Offenheit und Freiheit nach schweizerischer Art selber zu definieren. Die Zeit ist reif für einen Unesco-Austritt. Diese Konzeption vermöchte uns aber jene Ausstrahlungskraft zurückgeben, die unser Land einst zum leuchtenden Beispiel für Demokratie und Freiheit in der Welt gemacht hat.

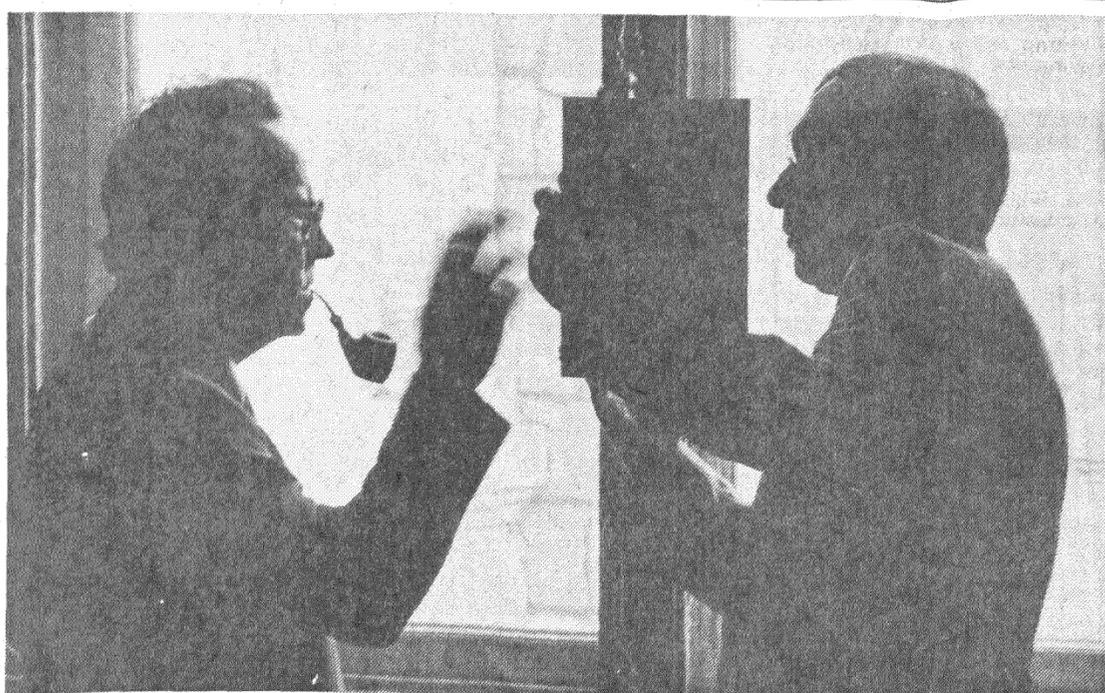
Dr. Egon P. S. Zehnder, Zürich

Besorgt über die Situation im Asylbereich

Ausserordentlich besorgt über die gegenwärtige Situation im Asylbereich ist der Delegiertenrat der FDP der Schweiz. Er erwartet, dass der Bund unverzüglich Massnahmen ergreift, um einerseits innert nützlicher, menschlich wie rechtsstaatlich und politisch gebotener Frist die hängigen Gesuche abzubauen und andererseits die Attraktivität des Asyllandes Schweiz zu vermindern. Er begrüsst deshalb die von FDP-Nationalrat Hans Georg Lüchinger ZH eingereichte Motion auf Revision des Asylgesetzes. Im weiteren opponiert er, obwohl er am Grundsatz des Personalstopps beim Bund festhält, im Sinne einer zeitlich befristeten und zahlenmässig beschränkten Notaktion einer Erhöhung des Personalbestandes für die Behandlung der Gesuche nicht.

Der FDP-Delegiertenrat erinnert daran, dass die Verfassungsverlage über die erleichterte Einbürgerung der zweiten Ausländergeneration in Genf mit dem grössten Prozentsatz von Nein-Stimmen abgelehnt wurde. In Bern, einem weiteren Asylantenzentrum, haben die Stimmbürger den Kauf einer Liegenschaft für die Unterbringung von Asylbewerbern abgelehnt. In zunehmendem Masse wird die Asylpolitik der Schweiz in Frage gestellt. Wenn keine Massnahmen ergriffen werden, ist damit zu rechnen, dass die Flüchtlingspolitik des Bundes zu einem Politikum ersten Ranges wird. Der FDP-Delegiertenrat ist deshalb der Ansicht, dass das geltende Verfahren bei der Behandlung der Gesuche, das sich als zu kompliziert und zu personalintensiv erwiesen hat, angepasst wird. Für ihn stehen jedoch weder die Zielsetzung der schweizerischen Asylpolitik noch der Begriff des Flüchtlings zur Diskussion.

Der FDP-Delegiertenrat regt den Bundesrat an, zu prüfen, wie weit in Anbetracht der ausserordentlichen Situation auch aussenstehende Vertrauenspersonen vorübergehend zur Bewältigung der Gesuche beigezogen werden könnten. Im weiteren schlägt er vor, für die Betreuung der Asylanten den Einsatz entsprechend geschulter militärischer Verbände zu erwägen.



«Schattengeschäft» zwischen den beiden freisinnigen Volkvertretern Dr. Felix Auer (links) und Marc-André Houmard (Malleray BE) im Bundeshaus? (Photo ruti)

BANK JULIUS BÄR
ZÜRICH

Anlageberatung für
institutionelle Kunden

Zürich 01 228-51-11 London 0044 1 623-42-11
New York 001 212 949-90-55